

*Die wehrhaften alten sind die Zukunft der Jungen!*

## **Presse-Information**

Dezember 2008

## **Bündnis für Rentenbeitragszahler und Rentner e.V.**

Bundesausschuss  
Postfach 01  
74355 Bönningheim

[www.beitragszahler-rentner.de](http://www.beitragszahler-rentner.de)

## **Privatvorsorge: Flop statt Altersvorsorge!**

Privatvorsorge als Alternative zur gesetzlichen Rentenversicherung. Diese Aussage wird uns gebetsmühlenartig in allen Medien verkündet und nahezu alle Politiker übernehmen diese Aussage. Warum ist das so?

Die gesetzliche Rentenversicherung bewegt gewaltige Summen, pro Monat € 16 bis 17 Mrd. Euro. Jedes Jahr also ca. 204 Mrd. Euro. Diese Summe weckt Begehrlichkeiten vor allem in der privaten Versicherungswirtschaft. Um aber die gesetzlich Versicherten der Privatwirtschaft zuzuführen bedarf es einer konzertierte Aktion von Politik und Wirtschaft.

Die Politik sorgt für die gesetzlichen Rahmenbedingungen unter denen die Rentenversicherung nicht wirtschaftlich arbeiten kann. Dies geschieht durch eine Arbeitnehmerversicherung deren Finanzausstattung in Abhängigkeit von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen der Unternehmen steht und dies in Zeiten der Globalisierung. Diese Finanzierung gibt es in der gesamten EU nur in Deutschland! Arbeitsplätze mit Niedrig- und Hungerlöhnen entziehen der Rentenversicherung ebenfalls dringend benötigte Versicherungsbeiträge. Weiter belastet man die Rentenversicherung mit versicherungsfremden Leistungen ohne Beiträge um ihre Ausgaben zu erhöhen. Die vom Staat zugeführten Steuermittel decken bei weitem nicht die versicherungsfremden Leistungen, sodass die Rentenversicherung seit 1960 die Bundeshaushalte subventioniert und nicht umgekehrt. In einer einzigartigen Propagandakampagne stellt die Politik, trotz besserem Wissen, diese nicht ausreichenden Steuergelder für gesetzlich erzwungene versicherungsfremde Leistungen der Rentenversicherung als „Zuschüsse“ dar.

Im Gegenzug startet die private Versicherungslobby eine Werbekampagne für die Privatvorsorge und sorgt mit Hilfe der Politik gleichzeitig dafür, dass die gesetzliche Rentenversicherung einer ständigen falschen, unehrlichen und negativen Berichterstattung in der Öffentlichkeit ausgesetzt wird. Zur wissenschaftlichen Untermauerung der eigenen Position schreckt man auch nicht davor zurück, Lobbyisten im Mantel der Wissenschaft für die eigenen Interessen einzusetzen. Dies verunsichert den Normalbürger da er dieses Zahlenjojo nicht kontrollieren kann.

*Die wehrhaften alten sind die Zukunft der Jungen!*

### Beispiel Meinhard Miegel:

Seine Karriere wurde bestimmt durch die Zusammenarbeit mit Kurt Biedenkopf in der CDU. Beide vertraten von Anfang an die Meinung, die gesetzliche Rente muss bis auf eine Grundsicherung gekürzt werden. Wer mehr will soll sich privat versichern. Das bedeutet aber auch, dass wer nicht ein entsprechendes Einkommen hat, sich auch nicht privat versichern kann.

### **Wer ist nun dieser Meinhard Miegel, an dessen Aussagen sich offensichtlich jede Regierung rentenpolitisch orientiert?**

Meinhard Miegel ist Jurist und kein Ökonom! Er leitet das private „Institut für Wirtschaft und Gesellschaft. Dieses Institut wird gesponsert von der Privatwirtschaft und erbringt Auftragsarbeiten für ein weiteres Institut, das „Deutsche Institut für Altersvorsorge.“

### **Wer ist nun das „Deutsche Institut für Altersvorsorge“?**

Die Eigentümer dieses Instituts sind, die Deutsche Bank, die Fondsgesellschaft DWS und eine der größten Versicherungen Deutschlands die Deutsche Herold. Noch Fragen?

Seit 30 Jahren verkündet Herr Miegel, dass die lebensstandardsichernde Rente auf Grund des Verhältnisses Jung zu Alt nicht mehr zu bezahlen wäre. Und er nennt auch Zahlen die auf den ersten Blick einleuchten. Waren es früher 7 Arbeitnehmer die einen Rentner versorgten, sind es heute nur noch 3 Arbeitnehmer. Werbewirksam vermarktet und widerlegende Fakten unterdrückend, ist das für einen Großteil der Bevölkerung verständlich. So funktioniert Propaganda.

Einer der dieser Aussage widerspricht ist Albrecht Müller, Volkswirtschaftler und Soziologe. Er war 1968 Redenschreiber für Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller und von 1970 bis 1972 Leiter der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit des SPD-Vorstandes und maßgeblich an der Wahlkampfarbeit für Willi Brand beteiligt. Danach war er von 1973 bis 1982 Leiter der Planungsabteilung im Bundeskanzleramt unter Willi Brand und Helmut Schmidt. Albrecht Müller argumentiert: Die Gesellschaft ist in den letzten 100 Jahren um ca. 30 Jahre älter geworden und schrumpft. Trotzdem war es in dieser Zeit möglich, die Leistungsfähigkeit der gesetzlichen Rentenversicherung ständig auszubauen.

### Begründung:

Bei der Rentendiskussion geht es weniger um das Verhältnis Jung zu Alt, sondern um den Faktor der Produktivitätssteigerung. Dieser Faktor wird aber in der heutigen Stimmungs- und Meinungsmache gegen die Rentenversicherung nicht berücksichtigt. Albrecht Müller sagt, wird durch die Produktivitätssteigerung der Kuchen größer bei weniger Essern (schrumpfende Bevölkerung) haben alle mehr, wenn der Kuchen gerecht verteilt wird.

Auf den Einfluss der Produktivitätssteigerungen bezüglich den Rentenbeitragszahlern angesprochen meinte Herr Miegel, seine Forschungsarbeiten laufen da noch und das Ergebnis müsse man abwarten. Zur Erinnerung: **Seit 30 Jahren verkündet Herr Miegel, dass das Verhältnis Jung zu Alt die gesetzliche Rente nicht mehr sichert und forscht erst heute darüber, ob diese Aussage so auch stimmt, was andere längst wissen.**

Herr Raffelhüschen, Beamter, Finanzwissenschaftler und Verfechter für den Umbau der gesetzlichen Altersvorsorge in eine private Altersvorsorge und Mitglied der Rührup-Kommission, die verantwortlich für die Nachhaltigkeitsgesetzgebung in der Rentenversicherung zeichnet, machte vor Versicherungsvertretern die ungenierte Aussage: Das

*Die wehrhaften alten sind die Zukunft der Jungen!*

Nachhaltigkeitsproblem der gesetzlichen Rentenversicherung ist quasi ein Altersvorsorgeproblem der Bevölkerung geworden. Das muss man denen erzählen.

Anm. BRR: **Dies betrifft hauptsächlich die heutigen Rentenbeitragszahler.**

Albrecht Müller sagt: Wissenschaftler wie Miegel, Raffelhüschen, Sinn und Rührup sind keine unabhängigen Wissenschaftler sondern Lobbyisten der Privatwirtschaft. Pikanterweise sind aber diese Herren nicht nur in der Politik gefragt, sondern besetzen auch die meisten Talkshows zum Thema Renten. Dagegen kennt man Wissenschaftler, die der Privatwirtschaft nicht nach dem Munde reden, wie die Herren Bosbach, Müller oder Schmähl weniger.

Albrecht Müller zitiert Georg Orwell:

Wenn immer und immer wieder das gleiche gesagt wird und Aufzeichnungen gleich lauten, geht die Lüge in die Geschichte ein und wird zur Wahrheit. Dies entspricht unserer heutigen Altersversorgungsdebatte. Demographen treiben die Hasen der Versicherungswirtschaft in die Küche.

Offensichtlich ist das Problem der Altersvorsorge weniger ein demographisches als mehr ein demagogisches. Norbert Blüm sagt: Ich werde immer wieder kritisiert wegen meinem Ausspruch „die Renten sind sicher.“ Man kann aber nicht beklagen, wenn man ihr die Beine amputiert, dass sie nicht laufen kann.

**Warum soll eine profitorientierte, private Altersvorsorge besser sein als eine solidarische Altersvorsorge?**

Die Misserfolge der privaten Altersvorsorge kann man sowohl aus der Vergangenheit als auch in der Gegenwart begutachten. In Krisen- und Ausnahmezeiten gehen sie ersatzlos verloren. Das war so nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg, bei Inflation und bei Weltwirtschaftskrisen.

In Amerika und Südamerika sind in den letzten Jahren reihenweise private Alterssorgefonds zusammengebrochen bzw. spurlos über Nacht verschwunden und haben die Anleger in Altersarmut getrieben. In Europa brauchen wir nur nach Großbritannien zu schauen um die Auswirkungen der privaten Altersvorsorge zu begreifen. Was Deutschland anstrebt, die staatliche Grundsicherung verbunden mit privater Altersvorsorge, hat Großbritannien seit Jahren. Auch dort platzten die privaten Vorsorgesysteme reihenweise. Zwischenzeitlich wurde die Hälfte der Rentner zu Sozialhilfeempfängern. 130.000 Menschen haben so ihre Altersvorsorge verloren, 1 Mio. sind davon betroffen. Am Ende entschied der Staat die Betroffenen mit £ 3,8 Mrd. zu entschädigen – natürlich aus Steuergeldern!

Wir können den Misserfolg der privaten Altersvorsorge aber auch schon in Deutschland betrachten. Merkel, Schröder, Westerwelle, Genscher, Kohl, Biedenkopf, Rexroth, Lamsdorf, aber auch viele Sportler und Sportvereine haben für die „Göttinger Gruppe“ als Finanzdienstleister und seine Produkte zur privaten Altersvorsorge, direkt oder indirekt geworben. Die Gruppe hat 1 Mrd. Euro in den Sand gesetzt und viele Menschen um ihre Altersvorsorge gebracht. Man darf heut mit höchstrichterlicher Zustimmung die Gruppe als „Abzockergruppe“ bezeichnen.

**Was ist der eigentliche Grund des privaten Engagements in der Altersvorsorge?**

Antwort: Es sind die gewaltigen Beitragsgelder der Versicherten!

*Die wehrhaften alten sind die Zukunft der Jungen!*

Wenn es der Privatwirtschaft gelingen würde nur 10 Prozent der gesetzlich versicherten für sich zu gewinnen bedeutet dies bei einem Beitragsaufkommen pro Monat von € 17 Mrd. ein Versicherungsvolumen von 1,7 Mrd. Euro. Pro Jahr also € 20,4 Mrd. Die Privatwirtschaft rechnet durch Provisionen, Vorstandsgehälter und allgemeinen Verwaltungskosten mit bis zu 20 Prozent der Beiträge. Dies entspricht einem monatlichen Volumen von 340 Mio. Euro. Das sind gigantische Privatisierungsgewinne! Damit könnte man wieder ein paar gut dotierte Vorstands- und Aufsichtsratsposten schaffen. Zum Vergleich, die Rentenversicherung gibt ihre Verwaltungskosten mit 1,4 Prozent an. Man braucht sich nur die Rückkaufswerte der Versicherungen anzuschauen um zu begreifen, dass die ersten Beitragszahlungen nur für Provisionen und Verwaltungskosten versickern.

Das Rentenziel der Bundesregierung liegt bei 43 Prozent des Durchschnittseinkommens bei 45 Beitragsjahren, was die meisten bei der heutigen prekären Beschäftigungslage nicht erreichen werden. Die Rente wird zukünftig somit unter Harz IV Niveau liegen. Dieser bewusst herbeigeführte Missstand wird dann wieder privatwirtschaftlich ausgeschlachtet werden können. Dies liegt aber nicht am Verhältnis Beitragszahler zu Rentnern sondern am jahrzehntelangen Missbrauch der Rentenbeitragsgelder durch jede Regierung. Warum soll auch eine Bundesregierung mit ihrer Behörde „Deutsche Rentenversicherung“ unsere Beitragsgelder ordentlich verwerten können, wenn sie nicht einmal ihren eigenen Haushalt schuldenfrei führen kann.

Die Bundesregierung hat es seit langem in der Hand die Beitragszahler zu entlasten, wenn sie es nur wollte. Schon 1994 hat Prof. Franz Ruland VDR (heute DRV) darauf hingewiesen, dass ohne die versicherungsfremden Leistungen die Sozialversicherungsbeiträge um mehr als **8 Prozent** gesenkt werden könnten. Also seit 16 Jahren könnten Arbeitnehmer und Arbeitgeber je 4 Prozent weniger Sozialbeiträge bezahlen. Die Arbeitskosten wären somit geringer und die Arbeitsplätze sicherer. Es ist deshalb mehr als seltsam, dass die Arbeitgeber diese Kosteneinsparung bei der Bundesregierung nicht einfordern. Würden die Solidaritätsverweigerer (Abgeordnete, Beamte und Freiberufler) auch zur Solidarität verpflichtet, könnten die Sozialbeiträge um bis zu 30 Prozent sinken. Zukünftig aber müssen die Arbeitnehmer zu den 9,95 Prozent gesetzlichen Rentenversicherungsbeiträgen zusätzlich noch 6 Prozent private Vorsorge aufwenden und erreichen immer noch nicht das Versorgungsverhältnis von 1977, als die Renten bei gleicher Lebensleistung etwa den Pensionen und berufsständischen Versorgungssystemen entsprachen. Die Eigenleistung der Rentenbeitragszahler gegenüber den eigenleistungsfreien Pensionen ist hierbei nicht einmal berücksichtigt. Solange dieses Zwei-Klassen-Recht, einhergehend mit einer Zwei-Klassen-Justiz, in dem für die Einen nicht gilt was für die Anderen selbstverständlich ist, wird dies unsere Gesellschaft weiter spalten mit allen dadurch entstehenden Konsequenzen.

Dies betrifft vor allem die jungen Menschen und Generationen die erst noch geboren werden müssen! Wer sich heute nicht wehrt braucht sich morgen über seine soziale Situation nicht wundern. Die Politik setzt auf die Unwissenheit großer Teile der Bevölkerung und damit auch auf Ihre Manipulierbarkeit.

**Wir können morgen nicht sagen wir hätten heute nichts gewusst!**